

TOP 16.2 Antrag der SPD Fraktion zur Erstellung eines Solarkatasters im Gemeindegebiet Schönwalde-Glien, DR 117/2023

Frau Harley

möchte zunächst den Umstand rügen, dass die Beschlussvorlage erst am 23.05.2023 online gestellt wurde. Und diejenigen, die es als Papiervorlage bekämen, hätten sie erst heute vorliegen. Ihr Antrag läge der Verwaltung aber bereits seit dem 09.05.2023 vor. Dies sei eine ganze Weile her. Warum läge dies heute erst auf dem Tisch. Ihr sei das völlig unverständlich.

Es gelte, das kommunale Energiekonzept und unserer energiepolitisches Leitbild 2023 umzusetzen.

Sie bäten daher im Zuge des Beitritts in die Energiegenossenschaft, dass man den nächsten Schritt gehe und ein Solarkataster für Solarthermie und Photovoltaik erstellen lasse. Ihnen ginge es hauptsächlich um die gemeindeeigenen Flächen, Dachflächen oder Freiflächen, welche natürlich nicht den Kriterien des Landschaftsschutzes entgegenstünden.

Die Stellungnahme der Verwaltung haben sie gelesen. **Hier würde wieder Bezug auf die bestehende Überlastungsanzeige genommen. Dies zöge sich wie ein roter Faden durch alle Beschlüsse, die sie hier trafen. In diesem Fall würde sie gern noch einen Hinweis anbringen.**

....

In der Stellungnahme sei auch Bezug genommen worden zum Solaratlas Brandenburg. Dieser würde überhaupt nicht weiterhelfen. Sie persönlich wisse nicht, welche Grundstücke der Gemeinde gehörten und welche Dächer für Photovoltaik geeignet seien oder nicht.

Daher bitte sie die Verwaltung, hier tätig zu werden. Sie könne nur alle Abgeordneten bitten, diesem Antrag zuzustimmen. Sie würden den Antrag im ersten Teil des Beschlusses noch um eine Fristsetzung ergänzen. Es hieße: „Die Gemeindevertretung beschließt, dass ein Solarkataster bis zum 31.10.2023 erstellt wird“ usw. So dass nur das Datum eingesetzt würde.

Frau Dr. Krieg-Oehme habe eine persönliche Anmerkung. Frau Hartley würde die Verwaltung ständig rügen, obwohl diese gute Arbeit leiste. Auch als sie den Antrag gelesen habe, dachte sie, dies sein wieder ein Antrag, wieder Arbeit für die Verwaltung. Wir hätten verfügbare Flächen. So stünde es in der Erklärung der Verwaltung. Wir sollten nicht jetzt noch mehr Arbeit indie Verwaltung schieben, die ohnehin viel zu tun habe. Auch durch die Anträge, welche Frau Hartley vorbringe.

Herr Lindemann merkt an, dass, wenn der Beschluss positiv beschieden werden würde, würden sicherlich nicht die Mitarbeiter der Verwaltung auf die Suche nach Flächen gehen, sondern es würde ein Planungsbüro involviert werden?

Frau Hank erklärt, es sei dann Aufgabe eines Mitarbeiters in der Verwaltung, die Flächen entsprechend zu prüfen. Sie habe sich den Solaratlas angeschaut. Man könne dort der Gemeinde gehörende Flächen markieren. Auch könne man Flächen rausfiltern, die dem Landschaftsschutz unterliegen. Nach ihrer Information könne man für die Gemeindevertreter sichtbar darstellen, welche Flächen geeignet wären. Dieses Portal sollte man nutzen. Es sei möglicherweise nicht zielführend, nochmal ein extra Kataster anzulegen, wenn man sich

eines kommunalen Portals bedienen könne, welches extra dafür geschaffen wurde, die Kommunen zu unterstützen. Sie habe den Antrag verstanden und weiß auch, dies der Bauamtsleitung sehr am Herzen liege. Die Frage sei aber, ob man ein zusätzliches Solarkataster benötige, wenn es den Solaratlas schon gäbe. Frau Bresch habe selbst gesagt, dass dieser eine gute Sache sei.

Warum solle man dies nicht nutzen? Der Termin wäre auch fraglich. Nun bereite man ja auch noch eine zusätzliche Sitzung vor. Das sei wieder Mehrarbeit. Vielleicht könne man wieder miteinander arbeiten, und nicht immer nur gegeneinander. Das wäre ein guter Kompromiss, welchen alle so eingehen könnten.

Herr Kraatz verweist auf das kommunale Energiekonzept. Sicherlich sei es ein paar Jahre alt.

Aber es wurden alle gemeinschaftlichen Flächen geprüft, ob sie für die Solargewinnung geeignet seien.

Herr Kondziella führt aus, dass das Kataster, welches zur Verfügung stehe, eine gute Grundlage, aber es fehlten Informationen, welche sie selbst nicht zusammenstellen könnten.

Frau Hank erklärt nochmal, dass dies auch nicht notwendig sei. Die Verwaltung würde alle fehlenden Informationen in dem vorhandenen Solaratlas zur Verfügung stellen. Sie würden die Flächen durchgehen und in dem Solaratlas darstellen. Aber der 31.10.2023 wäre zu prüfen.

Frau Bresch möchte anmerken, dass sie am 14.05.2023 und auch im letzten Ältestenrat eine Anfrage gestellt hatten. Und zwar hatten sie in Anlehnung an eine Fragestellung von Bürgern um Auskunft gebeten zu:

Wie hat sich die Energiebilanz 2013 des kommunalen Energiekonzeptes im Gemeindegebiet verändert?

Welche Maßnahmen wurden seitdem in der Gemeinde umgesetzt?

Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Energiebilanz stünden aktuell an (mit Realisierungsjahr)?

Welche Potentiale sind in der Gemeinde für den Bau von Photovoltaikanlagen auf gemeindeeigenen Gebäuden vorhanden?

Mit welchen Investoren im Baubereich wurden verbindliche Verträge zum Bau von Photovoltaikanlagen im Baugebiet abgeschlossen?

Hier wirft sie die Bemerkung ein, nach Ihrer Meinung keine, diese Frage sei lakonisch.

Welche Bauherren sind potentielle Investoren in Photovoltaikanlagen, z.B. Erlenbruch, Edeka Neubau, etc.

Sie bäten darum, mit Stichtag und gegebenenfalls detaillierter Aufstellung wie Netzeinspeisung und Eigenverbrauch. Zusätzlich möchten sie Informationen zu Reservierungslisten, wer was einspeisen könne. Sie wüsste, dass in Pausin eine riesengroße Photovoltaikanlage auf dem bestehenden Pferdehof gebaut würde mit 540 kWp. Man müsse vorab bei der EON/ Edis nachfragen, ob diese Leistung eingespeist werden könne. Ob die Netze dazu entsprechend geeignet seien. Auch das würde sie gern wissen.

Sie habe sich das KEK nochmal genau angeschaut. Sie hielte Photovoltaik für eine hervorragende Alternative auf bereits verbrauchten

Flächen, die nicht dem Landschaftsschutz entgegenstünden. Auf der anderen Seite solle man auch schauen, wo man jetzt stehe. Dafür gäbe es Medien wie das Marktstammregister und den Solaratlas, in welchen man diese Daten zusammenstellen könne.

Die Lenkungsgruppe, welche damals zum KEK eingesetzt wurde, habe sich leider nicht dazu bereit erklärt, detaillierter zu schauen. Das hieße, es wurde eigentlich kaum etwas gelenkt. Sie denke daher, diese Frage sei überfällig. Wo könne man auf Dächern Solar unterbringen? Sie höre immer sehr unterschiedliche Ansätze. Es gäbe Bedenken, ob die Statik die Anlagen trüge. Wir sollten mal zu einer Regelung kommen, das sollte schon vor vier Jahren passieren. Jetzt seien es acht Jahre. Und sie hätten immer wieder das Problem, dass keine Zeit sei, kein Mitarbeiter da sei und man schiebe dies immer weiter raus. Darum thematisiere sie nochmal die gestellte Anfrage.

Frau Hank fragt nach, wie sie denn die zusätzlichen Aufgaben, die sie hier bekämen, schaffen sollten, wenn es nicht mehr Mitarbeiter werden würden? Sie haben jetzt die Anfrage bekommen. Inwieweit sie den Termin halten könnten, könne sie nicht sagen. Dazu würden sie einen Zwischenbericht bekommen. Da diese Anfrage sehr detailliert sei und nicht in dieser Kürze der Zeit beantwortet werden könne. Sie könne nur sagen, es gäbe einen Mechanismus, man müsse das Rad hier nicht neu erfinden. Wir könnten uns der Sache bedienen. Mehr könne sie dazu nicht sagen.

Frau Eitner führt an, sie hätten ja das Energiekonzept, welches mit viel Mühe erstellt wurde und Geld gekostet habe. Dies beinhalte sehr viel, auch die einzelnen Ortsteile. Dieses sollte man nutzen. Sie seien einer Genossenschaft beigetreten. Mit diesen Leuten sollte man in Kontakt treten. Die wüssten doch, wie man ein Solarkataster machen könne. Wir reden immer nur, was wir alles machen müssten. Vielleicht könnten wir auch etwas abgeben. Wie auch das Energiekonzept. Wir hätten ja Werte. Die Bürger setzten Solarzellen auf ihre Dächer. Natürlich muss dafür die Statik stimmen. Und dafür sei das Kataster. Nicht jedes Haus oder Objekt eigne sich für Solar. Sie bitte nochmal darum, das Energiekonzept zu beachten. Hier stehe für jeden Ort eine Empfehlung und weitere wichtige Informationen. Vielleicht hätte die Verwaltung einen Mitarbeiter, der sich damit beschäftigen und realisieren könne. Die Kläranlage zum Beispiel verbrenne jede Nacht, weil sie das Material nicht nutzen könne. Wir hätten die Potentiale vor der Haustür.

Herr Kordt kommt auf das kommunale Energiekonzept zu sprechen. Eine Maßnahme sei gewesen, einen Klimaschutzmanager einzusetzen. Dieser wurde damals von einer Bundestelle zu 70% gefördert. Das habe man damals nicht getan. Das hatten sie damals nicht gewollt. Und das fiel ihnen heute auf die Füße, weil sie das Geld und das Know-How nicht hätten. Wir seien „hintendran“. Und das nicht nur über vier oder fünf Jahre, sondern über 15 Jahre.

Herr Kraatz bittet um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 10 / 7 / 0

Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich angenommen.